©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ROBERT O'NEILL

GROSSBRITANNIEN UND DIE ATOMARE ABSCHRECKUNG*

Eigentlich war es eine ganz normale Sache, daß Großbritannien eine Atommacht zu sein habe. Es wäre dieser großen Weltmacht, die eine bedeutende Rolle bei der Entwicklung der Kernenergie für militärische Zwecke gespielt hatte, die immer noch über gewaltige Besitztümer in Afrika, Asien und anderswo verfügte, wohl kaum angestanden, in den fünfziger Jahren auf Atomwaffen verzichten zu müssen. Dieser Auffassung waren zur damaligen Zeit anscheinend die meisten Briten – und sogar wir Australier, auf deren Boden Großbritannien seine Testversuche durchführte (und deren tiefgreifende Auswirkungen auf die Umwelt wir erst dreißig Jahre später begreifen sollten). Viele befürchteten damals, daß die USA ihrer Verteidigungsverpflichtungen gegenüber Europa überdrüssig werden würden und sich auf jene unverbindlichere Haltung zurückziehen könnten, die für ihre Politik vor dem Überfall der Japaner auf Pearl Harbor so typisch war. Würde erneut ein Krieg ausbrechen, was nach den Aussagen der Politiker und den Berichten in der Presse über die sowjetische Politik mehr als wahrscheinlich schien, fände er sicherlich in Europa statt; Großbritannien würde, im Gegensatz zu den USA, nicht abseits stehen können. Großbritannien brauchte also Atomwaffen, und diese mußten nach dem Erlaß des „MacMahon Act" von Großbritannien alleine entwickelt werden. Einige sahen in diesem Gesetz ein Indiz dafür, daß sich die Vereinigten Staaten allmählich von ihren alten Verbündeten zu lösen begannen: Dies war Grund genug für Großbritannien, eigene Wege zu beschreiten. Daß Attlee diese Entscheidung denn auch traf, war nicht so sehr der strittige Punkt, sondern die Tatsache, daß er nicht einmal sein Kabinett davon unterrichtete, geschweige denn das Unterhaus, das – theoretisch – seine Zustimmung zu Ausgaben für ein größeres Projekt wie dieses zu geben hatte.

Die hier wiedergegebene Auffassung war auch die Ansicht vieler britischer Wähler zu der Zeit, als die britische Atomstreitmacht aufgebaut wurde. Diese Sicht der Dinge stellte sich allerdings bald als nicht allzu begründet heraus. Erstens wurde bereits nach kurzer Zeit deutlich, daß die wirtschaftliche Lage Großbritanniens so schlecht war, daß die Größe einer künftigen britischen Atomstreitmacht im Ver-

* Dieser Beitrag stützt sich vor allem auf die Arbeiten von Alastair Buchan, Philip Windsor und insbesondere Lawrence Freedman, dessen Aufsatz „The British Nuclear Experience: An Overview" – ein Beitrag für die Konferenz des Nuclear History Program in Ebenhausen im Juli 1987 – wegen seiner Ausführlichkeit und Prägnanz besonders wertvolle Hinweise enthält.

Jahrgang 37 (1989), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gleich zu den Arsenalen der beiden Supermächte wohl kaum würde ins Gewicht fallen können. Außerdem stellten die Entwicklung von Atomwaffen sowie deren Stationierungs- und Unterhaltskosten eine enorme Belastung des ohnehin überaus angespannten Verteidigungsbudgets dar.

Zweitens: Sowohl die Truman- wie die Eisenhower-Administration erkannten im Laufe der Zeit angesichts der internationalen Entwicklung, daß die USA nicht mehr über die Option verfügten, sich aus einem größeren Krieg in Europa herauszuhalten. Amerikas Verbündete mögen deren Situationsanalyse nicht so deutlich erkannt haben; der Rückzug der USA in einen neuen Isolationismus konnte jedenfalls kaum jemandem mehr als Argument dienen, es sei denn, um kurzfristig Druck auf die verbündeten Staaten auszuüben, damit sie sich ihrer Bündnispflicht erinnerten. An den Gedanken, daß nun das Territorium der Amerikaner der Zerstörung durch einen sowjetischen Angriff ausgesetzt sein könnte, gewöhnte man sich in den Vereinigten Staaten nur allmählich. Man akzeptierte diesen Gedanken jedoch mindestens bis zu jenem Moment, als die Reagan Administration davon zu träumen begann, daß technologische Fertigkeiten Amerika in die Lage versetzen würden, die Abschreckung so auszuweiten, daß sie auch die verbündeten Staaten in Europa und im Pazifik in den militärischen Schutz einbezöge und zwar ohne dabei gleichzeitig selbst gegenüber einem sowjetischen Angriff verwundbar zu sein.

Drittens stellte sich heraus, daß die Sowjetunion gar nicht den schrecklichen Vorstellungen entsprach, die man sich von ihr in den späten vierziger Jahren gemacht hatte. Auch der UdSSR war klar geworden, daß im Falle eines Atomkrieges ein entsetzlicher Preis zu zahlen sei; beide Seiten haben inzwischen auch erkannt, daß einige der Ursachen des Kalten Krieges, aus dem die nukleare Konfrontation entstand, auf Fehlinterpretationen der Politik der jeweils anderen Seite zurückgehen. Im Klima der Entspannung Mitte der siebziger Jahre und der letzten Zeit – ich wage nicht, von einer zweiten Détente zu sprechen – erweisen sich die britischen und französischen Atomwaffenarsenale, die nicht Gegenstand von Verhandlungen sind, als ein die Dinge komplizierender Faktor. Selbst wenn die Sowjetunion tatsächlich den schlimmsten Erwartungen, nämlich bereit zu sein, Gewalt anzuwenden, entspräche, so scheint es doch wahrscheinlicher, daß sie bei einem Angriff auf Europa ihre konventionellen Streitkräfte und nicht ihre Atomstreitmächte einsetzen würde. In diesem Sinne besitzt das Argument, Großbritannien könne durch die Verstärkung seiner konventionellen Streitkräfte eine nützlichere Aufgabe erfüllen als durch seine sehr bescheidene atomare Abschreckungsmacht, erhebliches Gewicht.

Einige der bekanntesten Denker auf dem Gebiete strategischer Analyse wiesen die britische Öffentlichkeit während der Debatte um die Trident in den Anfangsjahren der Thatcher-Ära nachdrücklich auf genau diese Überlegungen hin. Die Wirkungslosigkeit ihrer Argumente wurde jedoch bald manifest. Wie konnte das geschehen? Wie lauteten die Argumente, die den bisherigen britischen Regierungen – und zwar unterschiedlicher politischer Couleur – und deren Wähler bis in die achtziger Jahre hinein plausibler erschienen?

An erster Stelle ist wohl eher ein simples Faktum als ein Argument zu nennen. Seit

Jahrgang 37 (1989), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

1956 verfügt Großbritannien über Atomwaffen. Die Entscheidung, sie abzuschaffen, hätte jede Regierung zu einer grundlegenden Änderung ihrer Politik veranlassen müssen. Als Großbritanniens Nuklearpotential, in seiner frühen Entwicklungsphase, noch am ehesten politisch zu kippen gewesen wäre, fanden kaum nennenswerte Debatten darüber statt. Die meisten Minister wußten nichts von dem Projekt, und als 1948 das Thema im Unterhaus zum ersten Mal zur Sprache kam, wurde diese Angelegenheit heruntergespielt, um eine ernsthafte Diskussion zu vermeiden, die zur Kristallisation grundsätzlicher Opposition hätte führen können. In den späteren Entwicklungsstadien, als das britische Atomwaffenarsenal wegen der unvermeidlichen Tests in der Öffentlichkeit stärkere Aufmerksamkeit erregte, trug der Kalte Krieg mit dazu bei, einen sehr hohen Grad an Zustimmung zu einer britischen Atomstreitkraft zu sichern.

In den späten fünfziger und frühen sechziger Jahren regte sich in der öffentlichen Meinung zunehmend Widerspruch; dies war einmal zurückzuführen auf die Aktionen der Campaign for Nuclear Disarmament (CND) und auf die Notwendigkeit, zu neuen Abkommen mit den USA zu gelangen, um die Schaffung einer echten Zweitschlagskapazität in der Form der Polaris zu ermöglichen. Die jetzt ernsthaft geführte Debatte kreiste aber mehr um Strategiefragen des westlichen Bündnissystems als um die Frage der Abschaffung britischer Atomwaffen, für die deren Gegner so nachdrücklich eintraten. Die Argumente der CND stießen auf einige Resonanz, aber mit ihren Massendemonstrationen, wie dem jährlich stattfindenden Aldermaston-Marsch, gelang es ihr doch nicht, einen überzeugenden und nachhaltigen Eindruck in der Öffentlichkeit zu hinterlassen. Kurz nach dem begrenzten Atomteststopabkommen waren die aktionsreichen Anfangsjahre der CND vorüber. Die öffentliche Diskussion sank, praktisch bis in die achtziger Jahre hinein, auf einen Nullpunkt. Die Kontroversen um den Doppelbeschluß und die Trident zeigten dann, daß sich der ursprüngliche Konsens inzwischen verflüchtigt hatte.

Die eigentliche Frage lautet daher nicht, weshalb Großbritannien überhaupt Atomwaffen hatte, sondern weshalb man sie nicht abschaffte, als man Ausmaß und Ernsthaftigkeit des amerikanischen commitment gegenüber Europa erkannt hatte, als man sich der wirtschaftlichen Schwäche Großbritanniens bewußt geworden und als der eher vorsichtige Charakter der sowjetischen Politik offensichtlich war. Eine generelle Antwort darauf lautet, daß keiner dieser Faktoren so deutlich zu Tage trat, wie es sich heute im nachhinein darstellt. Hatte man einmal mit den Investitionen für Entwicklung und Stationierung von Atomwaffen begonnen, so gab es kaum wirtschaftliche Anreize, diese Maßnahmen wieder zu stoppen. Die jährlichen Unterhaltskosten brachten die Verteidigungshaushalte nicht aus dem Gleichgewicht, und als Mittel der Abschreckung gegenüber der Sowjetunion erschienen Atomwaffen – im Vergleich zu einer erheblichen Aufstockung konventioneller Streitkräfte – sogar verhältnismäßig billig.

Außerdem gab es kaum politische oder strategische Anreize, um diese Waffe auf dem Altar der Rüstungskontrollmaßnahmen zu opfern. Die britische Atomstreitmacht war zu klein, um spürbar reduziert zu werden, ohne dabei gleichzeitig an

Jahrgang 37 (1989), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Schlagkraft zu verlieren. Auch wäre in den fünfziger und sechziger Jahren keine britische Regierung bereit gewesen, sie gänzlich abzuschaffen, wenn nicht auch die Sowjetunion ihrerseits ihre konventionellen Streitkräfte so weit reduziert hätte, daß sie nicht mehr imstande gewesen wäre, eine Offensive zu starten. Allein der Gedanke, die Sowjets zu Verhandlungen zu bringen, wurde von den „Unilateralisten", die zunehmend die Politik der Labour Party beeinflußten, ins Lächerliche gezogen – jener „something-for-nothing-approach", über den sich Neil Kinnock eine kurze Zeitspanne lang abfällig äußerte, bevor die Gewerkschaften ihn wieder auf die Parteilinie brachten.

Das Vertrauen in die Atlantische Allianz mit der Forderung nach einer nationalen Abschreckungswaffe im Einklang zu bringen, ist allen britischen Regierungen immer wieder schwergefallen. Das überzeugendste Argument zur Überbrückung der Kluft zwischen diesen sich widersprechenden politischen Aussagen – nämlich das Plädoyer für ein zweites nukleares Entscheidungszentrum – ist zu abstrakt, um in der Öffentlichkeit große Unterstützung zu mobilisieren. Was hat die Allianz denn für einen Wert, wenn ein solches zweites Zentrum erforderlich ist? Fragen wie diese waren ein weiterer Grund für die Regierung, ein solches Argument nur mit Vorsicht zu gebrauchen.

Hinter dieser offensichtlichen Besorgnis – Stärkung der Allianz und engere Kooperation – verbarg sich die ständig virulente Furcht der Briten, die USA würden, falls wirklich einmal zentrale Interessen Großbritanniens auf dem Spiel stehen sollten, vor einem Einsatz ihrer Atomwaffen zurückschrecken. Während es aus nicht-britischer (und aus nicht-französischer) Perspektive wirklich höchst fraglich erscheinen mag, ob sich die Aufstellung einer eigenen Atomstreitmacht gelohnt habe, nur um gegen einen solch unwahrscheinlichen Fall gewappnet zu sein, stellt sich vor dem Hintergrund der historischen Erfahrung und der Tatsache, daß Großbritannien nun seit mehr als 30 Jahren über ein eigenes Atomwaffenarsenal verfügt, die Frage nach einer nicht-atomaren Verteidigung weit dringlicher. Behauptet wird auch, daß Großbritannien dank seiner eigenen Atomwaffen in einer besseren Position ist, um amerikanische Entscheidungsträger beeinflussen zu können – und zwar keineswegs im Sinne einer Verschärfung der Lage. Die Möglichkeit, zur Zurückhaltung zu mahnen und dabei in Washington Gehör zu finden, ist ein weiteres Plus, das britischen Politikern, vorwiegend des linken Flügels, und auch einem mit der nuklearen Problematik vertrauten Wählerpublikum erwünscht erschien.

Obwohl immer wieder Fragen aufgeworfen wurden und Zweifel darüber aufgetaucht waren, ob die amerikanische Regierung ihr Land tatsächlich einer Zerstörung aussetzen würde, spielte die Frage einer Bereitschaft der britischen Regierung, im Extremfall nationalen Selbstmord zu begehen in den öffentlichen Debatten nie eine größere Rolle. Es herrschte immer die Ansicht vor, daß jedem Versuch, Großbritannien als freies Land ernsthaft zu bedrohen, entschlossen begegnet würde, wie hoch der Einsatz auch immer sein mochte. In diesem Punkt – ganz im Gegensatz zu anderen Fragen – gestand man Harold Macmillan, Alec Douglas-Home und Harold Wilson ohne weiteres Glaubwürdigkeit zu. Eine noch viel geringere Rolle

Jahrgang 37 (1989), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

spielte die Frage, unter welchen Umständen die britische Regierung ihre Atomwaffen in Deutschland zum Einsatz kommen lassen würde. Das heikle Thema, ob Großbritannien einen mit konventionellen Waffen geführten sowjetischen Angriff mit Atomwaffen beantworten würde, um entweder die Bundesrepublik zu retten oder unter starkem Druck stehende britische Truppen zu unterstützen, wurde in der Öffentlichkeit überhaupt nicht diskutiert.

Für Lawrence Freedman waren die Jahre 1964 bis 1980 bei der Debatte über britische Atomwaffen eine Periode des Schweigens und der Stille. In dieser Zeit wurde einerseits deutlich, wie groß die Gemeinsamkeiten zwischen den Konservativen und Labour Party waren – beide befürworteten die Existenz einer eigenen Atomstreitmacht –, andererseits waren beide Parteien (insbesondere die Labour Party), immer wenn sie an der Regierung waren, sorgfältig darauf bedacht, jegliche Auseinandersetzungen zu vermeiden, die sie in eine peinliche Lage versetzen oder Ängste der Öffentlichkeit vor Atomwaffen aufkommen bzw. verstärken würden. Unterhalb der Regierungsebene gab es keine politische Kraft von Bedeutung, die Widerspruch geäußert hätte. Auch die Beamten in Whitehall verfaßten keine beunruhigenden Memoranden, in denen sie ihre Minister zu einer atomaren Abrüstung aufgefordert hätten. Und im Gegensatz zu den frühen achtziger Jahren fütterten sie in den fünfziger und sechziger Jahren die Presse oder die CND auch kaum mit Information. Wissenschaftler, die sich mit diesen Fragen beschäftigten, konnten einen gewissen, geringfügigen Einfluß geltend machen, doch das bezog sich eher auf Fragen, die mit der Natur dieser Waffen und ihren politischen Implikationen zu tun hatten, als auf prinzipielle Fragen der Atombewaffnung. Als in den späten vierziger Jahren Professor Blackett und Sir Henry Tizard politische Zweifel an Sinn und Zweck des ganzen Programmes äußerten, wurden ihre Bedenken von einem entschlossenen Premierminister vom Tisch gewischt, der kritische Kommentare ebensowenig liebte wie er selbst die Gewohnheit hatte, allzu viele Worte in Diskussionen zu verlieren.

Die höheren Offiziere waren fast einhellig für einen britischen Atomwaffenbesitz. Die Stellungnahmen des Chiefs of Staff Committee gingen in die gleiche Richtung, wenn sie auch hinsichtlich der Auswirkungen des Programmes auf den Verteidigungshaushalt gelegentlich Bedenken zu Gehör brachten. Die Royal Air Force war besonders angetan, solange sie es war, die über diese Waffe verfügte, zumal in den fünfziger Jahren, als die Atombombe eher als das geeignete Instrument, mit dem die historische Aufgabe der RAF erfüllt werden konnte, angesehen wurde, denn als eine Waffe für den gegenseitigen Selbstmord. Die Royal Navy, mit Unterseebooten für die Polaris ausgerüstet, zeigte weit weniger Enthusiasmus für ihre atomare Mission. Die Admiräle der Navy hielten sich mit prophetischen Erklärungen zu ihren Raketen zurück, ganz im Gegensatz zu Sir John Slessor, Marshal of the Royal Air Force, der sie als „The Great Deterrent" ansah. Die Polaris-Flotte band fähige Leute und technisches Know-how, das die Navy lieber für traditionellere Aufgaben eingesetzt hätte, doch erkannten die meisten Offiziere, daß sie wohl kaum mehr Schiffe und Personal bekommen hätten, wenn sie diese Aufgabe der Abschreckung nicht gehabt hätten. Auch die Armee, die über eine vergleichsweise lächerlich geringe Zahl an

Jahrgang 37 (1989), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

taktischen Atomwaffen verfügte, war von deren Besitz nie sonderlich begeistert und sieht deren Bedeutung vor allem darin, daß sie die Sowjetunion davon abschreckten, ihre eigenen atomaren Gefechtsfeldwaffen einzusetzen, und nicht so sehr darin, daß sie mit ihnen – angesichts der konventionellen Übermacht des Warschauer Pakts – etwa einen „war winner" in der Hand hätten.

Weder von Journalisten, Wissenschaftlern oder anderen kritischen Beobachtern, die ihre Aufmerksamkeit zu dieser Zeit vor allem auf Strategie und Politik der Allianz richteten, wurde diese Periode des Schweigens in nachhaltiger Weise gestört. Eine ganz andere Richtung hätte die Entwicklung nehmen können, wenn vor 1980 die Notwendigkeit entstanden wäre, die Ersetzung der Polaris öffentlich zu diskutieren. Premierminister Callaghan hatte vor seinem Rücktritt 1979 Studien zu dieser Frage auf den Weg gebracht, doch brauchte er glücklicherweise nicht mehr den Versuch zu machen, die Unterstützung seines Kabinetts, geschweige denn seiner Partei, für ein Nachfolgesystem zu gewinnen. Die Piranhas unter den Intellektuellen, die sich notorisch auf solche Ereignisse stürzen, mußten sich nach anderer Beute umsehen.

Die Intellektuellen erwählten sich, wie bereits erwähnt, die Allianz und ihre Nuklearpolitik zu Opfern ihrer Kritik. In den frühen fünfziger Jahren verfaßte Slessor, unterstützt vom britischen Generalstab, einen einflußreichen Beitrag, der sich mit den Auseinandersetzungen innerhalb der Truman- und Eisenhower-Administration beschäftigte. Er bestärkte diejenigen, die glaubten, der Westen sei den Belastungen einer Auseinandersetzung mit der Sowjetunion am ehesten gewachsen, wenn er sich in erster Linie auf seine Atomstreitmacht verließe, und zwar ergänzt durch konventionelle Streitkräfte geringeren als damals geplanten Umfanges. Diese bräuchten einem Angriff des Warschauer Paktes nur so lange standzuhalten, bis die Atomwaffen des Westens zum Einsatz kämen. Doch ehe viel Zeit verflossen war, entwickelte sich die britische Debatte in gerade die entgegengesetzte Richtung. In vorderster Front waren nun Bürger zu finden, von denen viele nicht im Staatsdienst standen. Das Konzept der massiven Vergeltung hatte in der britischen strategic community massives Unbehagen geweckt, was 1957 schließlich zur Konferenz von Brighton führte, aus der im folgenden Jahr das Institute for Strategic Studies hervorging. Dieses Mixtum aus Beamten, Offizieren, Journalisten, Akademikern, Politikern wie Denis Healey und Männern der Kirche trug mit dazu bei, die Debatte in Großbritannien zu vertiefen und auf eine breitere Grundlage zu stellen. Es gelang ihnen, ihre Erkenntnisse mit mehr Nachdruck zur Kenntnis Washingtons zu bringen (über offizielle Kanäle sowie auf dem indirekten Wege öffentlicher Kommentare und Analysen). Es war nur eine Frage der Zeit, daß sich dieses Institut international Rang und Namen verschaffte und zu einem der wichtigsten Foren für die Debatte über Fragen des westlichen Verteidigungsbündnisses wurde.

Hauptcharakteristik des britischen Beitrages zu dieser politischen Debatte innerhalb der Allianz war die Tendenz, die Politik der USA als zu sehr von worst-case-Analysen sowjetischer Absichten und militärischer Erwägungen beeinflußt zu sehen. Sie wurde noch dadurch kompliziert, daß die Amerikaner für politische und strate-

Jahrgang 37 (1989), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gische Probleme technologische Lösungen suchten. Obwohl Frankreich fast in der ganzen hier betrachteten Zeitspanne militärisch in der NATO integriert war, wurde es in England als zu sehr in Nationalstolz befangen, als den amerikanischen Garantien gegenüber zu abweisend und, was den Aufbau einer eigenen unabhängigen Atomstreitmacht mit land- und seegestützten Waffensystemen betraf (der viel materielle und geistige Opfer forderte und auch nicht ohne Einfluß auf den Zusammenhalt des Bündnisses war), als viel zu starrköpfig angesehen. Deutschland zeigte, wie den britischen Analytikern erschien, allzu große Bereitschaft, mit den Vorstellungen der Amerikaner konform zu gehen, auch wenn es diesen nicht gänzlich zustimmen konnte und allzu sehr mit dem Gedanken eines frühestmöglichen Einsatzes von Atomwaffen spielte. Wie den verbündeten europäischen Ländern die britische Politik erschien, das soll hier nicht weiter erörtert werden; deren Analysen genügen wahrscheinlich ebensowenig den Feinheiten der Politik und den existierenden unterschiedlichen Vorstellungen. Sie kümmerten sich wohl ebensowenig darum, weshalb diese verschiedenen Auffassungen existierten.

Persönlichkeiten wie Liddell Hart, Blackett, Buzzard, Goold-Adams und Healey unterzogen die Doktrin der massiven Vergeltung in den fünfziger Jahren einer eingehenden Kritik. Sie erzielten dabei beachtliche Resultate, entwickelten sie dabei doch das Konzept der „abgestuften Abschreckung", das davon ausging, daß der Einsatz von Waffen aus politischen, wirtschaftlichen, militärischen und moralischen Gründen strikt proportional zur gegebenen Bedrohung erfolgen müsse, um die Zerstörung auf ein Mindestmaß zu reduzieren. Der damalige Senator John F. Kennedy, der 1960 Liddell Harts Buch „Deterrent or Defence" besprach, pries den Autor mit warmen Worten. Zwei Jahre später unterzog die Administration des neuen Präsidenten die geltende Nuklearstrategie einer grundlegenden Reform. Sie ging natürlich nicht allein auf Liddell Harts Buch zurück, doch stand die Richtung, die die Regierung jetzt einschlug – stärkere Abstützung auf konventionelle Streitkräfte – ganz im Einklang mit Liddell Harts Postulaten. Die zahlenmäßig stärkere, der jüngeren Generation zugehörige Gruppe britischer Intellektueller der sechziger Jahre befaßte sich daraufhin intensiv mit der ersten Version des „Flexible Response"-Konzepts. Ihre Kritik hob vor allem darauf ab, daß dieses Konzept unrealistisch hohe Kosten nach sich zöge, es nicht glaubwürdig genug und darüber hinaus für Europa ausgesprochen gefährlich sei, wiewohl es der USA Vorteile bringe. In einem Prozeß der Kompromißfindung und gegenseitigen Erziehung fand man sich bei einer akzeptableren Version der „Flexible Response". 1967 wurde dieses Konzept von der Allianz angenommen.

In dieser Zeit hatten sich die Briten mit den Konsequenzen des Versuchs McNamaras auseinanderzusetzen, die Verbündeten, insbesondere Frankreich, von einem weiteren Ausbau ihres Atomwaffenarsenals abzubringen. Das britische Potential wurde toleriert, jedoch nur innerhalb des Rahmens engerer Kontrolle und wenn es (wie dies das Abkommen von Nassau zwischen Kennedy und Macmillan vorsah) stärker an den Bedürfnissen der Allianz orientiert war. In seinem Ergebnis – dem Polaris-Programm für Großbritannien – verminderte das Abkommen die Unabhän-

Jahrgang 37 (1989), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gigkeit des britischen Abschreckungspotentials, versah Großbritannien andererseits jedoch gleichzeitig mit einer viel machtvolleren und weniger verwundbaren Waffe als es sie bisher besaß. Auf der anderen Seite bestärkte diese Entwicklung die Franzosen in ihrer Überzeugung, daß für sie absolute Unabhängigkeit die einzige Option sei.

Großbritannien mußte sich auch mit dem heiklen und wenig willkommenen Vorschlag auseinandersetzen, eine Multilaterale Atomstreitmacht (MLF = Multilateral Force) aufzubauen. Mit einer Mischung aus Zurückhaltung und Unüberlegtheit ließ man diesen Vorschlag im Sande verlaufen. Nachdem sich die Debatte darüber schon geraume Zeit hingezogen hatte, legten Alastair Buchan und seine Mitarbeiter im Londoner ISS mit den einsichtigsten und gewichtigsten Argumenten klar, welche kaum überwindlichen Schwachpunkte, etwa hinsichtlich der Kontrolle und Verantwortlichkeit, in dem vorgeschlagenen Projekt steckten. Sie trugen viel dazu bei, daß das MLF-Konzept auf beiden Seiten des Atlantiks letztlich nicht genügend Unterstützung fand. Der Alternativvorschlag einer „Atlantic Nuclear Force", den die britische Regierung vorlegte, zog die Aufmerksamkeit nur noch mehr von der MLF ab und stiftete außerdem größere Verwirrung, als seine Autoren in Whitehall wohl bezweckt hatten.

Die britischen Strategieexperten setzten sich mit umfassenderen und tiefergehenden Fragen als nur dem Einsatz und der Organisation von Atomstreitkräften auseinander. In der internationalen Rüstungskontrolldebatte der fünfziger und sechziger Jahre spielten sie eine führende Rolle. Einige der ganz frühen Stimmen, Sir Philip Noël Baker etwa, dessen Buch „The Arms Race" große Resonanz fand und der mit dem Friedensnobelpreis geehrt wurde, waren zu sehr in den alten Debatten des Völkerbundes befangen, um im Atomzeitalter noch ihre Wirkung entfalten zu können. Andere jedoch, vor allem Hedley Bull mit seiner 1961 veröffentlichten meisterhaften Arbeit „The Control of the Arms Race", hatten einen enormen Einfluß auf das Denken über Abrüstungsfragen und das Nachdenken über die Rolle von Nuklearwaffen bei der Aufrechterhaltung der internationalen Ordnung.

Bull war auf diesem Felde nicht der einzige, er war jedoch der einflußreichste Protagonist. Die britische Denkschule vertrat einen gesunden Pragmatismus. Ihre Maxime war, daß „arms control" als eine Form von Sicherheitspolitik betrachtet werden solle. Das war für Radikale wie Konservative gleichermaßen beunruhigend. Die Radikalen hofften auf eine veränderte Weltordnung, in der zwischenstaatliche Rivalitäten entweder völlig verschwinden (weil Staaten vielleicht selbst von anderen Formen des Zusammenlebens abgelöst würden) oder wenigstens in nicht-militärischen Formen zum Ausdruck kommen würden. Doch sie wußten keine Antwort auf die Frage, weshalb Staaten plötzlich aufhören könnten, in der gleichen Weise wie über Tausende von Jahren hin nach Unabhängigkeit und Sicherheit zu streben. Die Konservativen glaubten (und einige von ihnen glauben es heute noch), es sei unlogisch und inakzeptabel anzunehmen, die nationale Sicherheit könne verbessert werden, indem man seine Zustimmung dazu gebe, eindeutige und auch verifizierbare Obergrenzen für bestimmte Waffensysteme anzuerkennen – Waffen, die man

Jahrgang 37 (1989), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

im Notfall zum Einsatz bringen könnte. Ergänzt wurde die Studie von Bull über die Grundprinzipien von „arms control" durch die Arbeit von Leonard Beaton über die Proliferation von Atomwaffen. Viele andere, Alastair Buchan, Michael Howard und Philip Windsor etwa, verstärkten diesen kritischen Trend.

Die Rezeption von Bulls bahnbrechendem Beitrag blieb nicht auf akademische Kreise beschränkt, denn Bull wurde – eines der seltenen Beispiele für die Durchlässigkeit zwischen Regierung und akademischer Welt – 1965 Chief der „Arms Control and Disarmament Research Unit" im Foreign Office. Sie war von dem neu ernannten Mitglied der Wilson-Regierung, Lord Chalfont, eingerichtet worden. Während der Amtszeit Macmillans waren bereits wichtige Beiträge zu der Debatte im Bündnis geleistet worden, die die Politik der USA in der Zeit vor dem partiellen Atomteststopabkommen von 1963 maßgeblich geprägt hatten. Mitte der sechziger Jahre konzentrierte sich die britische Regierung auf die Frage, wie die Verbreitung von Atomwaffen eingeschränkt werden könne. Bull und seine Mitarbeiter leisteten wertvolle und nützliche Beiträge zu den Vorverhandlungen, die 1968 schließlich zum Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (Non-Proliferation Treaty) führten. Sie konnten auch wesentliche Anregungen zu den Debatten beisteuern, die innerhalb und außerhalb der amerikanischen Regierung darüber geführt wurden, wie sich offensive und defensive strategische Systeme am besten begrenzen ließen. Sie profitierten dabei von Studien Gleichgesinnter, um ihren eigenen Vorstellungen Nachdruck zu verleihen, aber auch um der atlantischen Dimension der Debatte über Rüstungskontrollpolitik in Washington besser Geltung zu verschaffen.

In vielerlei Hinsicht spielte somit Großbritannien bei der Gestaltung der westlichen Nuklearstrategie in den Jahren 1945 bis 1967 eine bedeutende Rolle, angefangen bei dem Einfluß, den es allein schon durch den Besitz einer eigenen Abschreckungsmacht ausüben konnte, bis hin zu der Mitgestaltung der Nuklearpolitik der USA wie der Allianz. Dieser Einfluß hat in gewisser Weise den schmerzhaften Wandel Großbritanniens von einer führenden Weltmacht zu einer Regionalmacht erleichtert. Der Besitz von Atomwaffen hatte aber auch negative Konsequenzen. Er nährte Illusionen, von denen sich freizumachen nicht leicht war. Der Atomwaffenbesitz verführte ferner dazu, daß sich die Experten innerhalb und außerhalb der Regierung zu sehr auf Nuklearfragen konzentrierten, was natürlich auf Kosten des genauen Studiums der Doktrin wie der sonstigen Bedingungen konventioneller Kriegführung ging. Dennoch fällt es nicht schwer, die Gründe für diese Fixierung zu verstehen, und aus der Sicht der Allianz hat sie durchaus verdienstvolle Ergebnisse gezeitigt. Es kann aber auch mit einiger Berechtigung behauptet werden, daß Großbritannien allzu sehr auf die Debatte mit den USA ausgerichtet war und es trotzdem an ausreichender Kritik der Politik der Amerikaner hat fehlen lassen. Die Abhängigkeit Großbritanniens von den Vereinigten Staaten, die die Existenz einer weiterhin unabhängigen Atomstreitmacht überhaupt erst sichert, verstärkt natürlich auf beiden Seiten die Perzeption einer gemeinsamen Interessenlage. Sie hielt die britische Regierung andererseits unweigerlich davon ab, allzu harte, für sie politisch vielleicht inopportune Kritik an den Amerikanern anzubringen. Trotzdem war es

Jahrgang 37 (1989), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Großbritannien, das mehr als jedes andere Land im Bündnis in der Lage war, Denker und Gedankengebäude hervorzubringen, die jene Probleme erhellen konnten, denen sich der Westen bei seiner Nuklearpolitik zu stellen hatte. Das hat mit dazu beigetragen, in den Ost-West-Beziehungen das Element größerer Stabilität und besseren gegenseitigen Verständnisses einführen zu helfen. Großbritannien hatte sehr kontroverse Vorstellungen vom Umgang mit Nuklearwaffen, doch ist es mit ihnen nicht in engstirnig nationalistischer oder gar unverantwortlicher Weise verfahren.

Jahrgang 37 (1989), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte